

2320/AB XX.GP

Die Abgeordnete zum Nationalrat Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde, haben am 30. April 1997 unter der Nr. 2337/J-NR-/97 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Albanien-Politik Österreichs gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

"1 . Hatten Sie im vergangenen Monat Kontakt mit dem albanischen Präsidenten Berisha und wie gestaltete sich dieser? Wie schätzen Sie dessen Haltung in der Frage der Neuwahlen ein?

2. Halten Sie Präsident Berisha nach wie vor für die politisch und demokratisch repräsentative Kraft, die imstande ist, jene von politischem Streit, sozialer und wirtschaftlicher Krise betroffene Gesellschaft zu integrieren?

3 . Der politische Auftrag der militärischen Kräfte ist nicht wirklich eindeutig. Eine politische Lösung der Konfliktparteien ist noch nicht wirklich erkennbar. Die Vorlage der Regierung an den Hauptausschuß gab an, die Soldaten dienten zum Schutz der humanitären Hilfslieferungen. Der OSZE-Vorsitzende und dänische Außenminister Petersen meinte, die internationalen Streitkräfte mögen auch die Entwaffnung der albanischen Bevölkerung herbeiführen. Darüberhinaus wurden immer wieder Stimmen laut, die die Stärkung der albanischen Ordnungskräfte als wichtigste Aufgabe der Interventionskräfte vorschlugen. Welches Ziel oder welche Ziele sehen Sie Herr Außenminister hinter dem Militäreinsatz?

4. Die UN-Sicherheitsratsresolution, die die Basis für den jetzigen Einsatz bildet, beinhaltet ein Kapitel VII-Mandat, das "Zwangs- und Gewaltmaßnahmen" für die "Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Schutztruppe" vorsieht. Ein ganz ähnliches Mandat hatte die UN-Truppe in Somalia. Auch dort war das politische Ziel und der militärische Auftrag nicht eindeutig. Das Ende der Mission ist bekannt. Sehen Sie nicht bei weitem größere Dringlichkeit politisch-diplomatische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Maßnahmen mittels Zivilexpertinnen und -experten zu ergreifen als die Beteiligung Österreichs am internationalen Militäreinsatz "Alba"?

5. Welche Maßnahmen sind nun zur Unterstützung und Vorbereitung der Neuwahlen von österreichischer Seite vorgesehen? Wieviele Experten wird Österreich der OSZE dafür zur Verfügung stellen?

6. Wie sehen Sie die Kritik eines führenden außenpolitischen Journalisten in "Die Presse" am Albanien-Einsatz, der diesen wörtlich als "Kanonenbootpolitik" bezeichnet hat?

7. Die beim österreichischen Albanien-Einsatz auflaufenden Kosten werden den österreichischen Staatshaushalt 1997 mit zusätzlich bis zu 100 Millionen Schilling belasten. Hat es keine andere Finanzierungsmöglichkeit - beispielsweise wie bei anderen Auslandseinsätzen des Bundesheeres aus dem laufenden Verteidigungs- oder Außenamtsbudget - als diese Budgetüberschreitung gegeben?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

ad 1) Nein. Der Abschluß des sog. Political Contract, vom 9.Mai 1997, dem auch Präsident Berisha zugestimmt hat, sowie die darauf folgenden Vereinbarungen zwischen den albanischen Parteien regeln diese Frage eindeutig: die Wahlen sollen am 29. Juni 1997 abgehalten werden.

ad 2) Präsident Berisha ist der gemäß der derzeit geltenden provisorischen albanischen Verfassung gewählte Präsident. Ob er dies weiterhin bleiben soll, hat bis zum Inkrafttreten einer endgültigen Verfassung alleine das albanische Parlament zu entscheiden. Dies ist einer der Gründe, warum ich mich immer für die termingerechte Abhaltung von Wahlen ausgesprochen habe, damit Albanien möglichst bald diese Frage selbst klären kann.

ad 3 + 4) Der Auftrag der Multinationalen Schutztruppe in Albanien ist in der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1101 definiert und lautet: "...to facilitate the safe and prompt delivery of humanitarian assistance, and to help create a secure environment for the missions of international organizations in Albania, including those providing humanitarian assistance...". Darauf aufbauend wurden die Aufgaben der Truppe durch Italien, unter dessen Kommando die Schutztruppe steht, genauer festgelegt: a) Sicherung der wichtigsten Häfen, Flugplätze und Grenzübergänge, um das sichere Eintreffen und die Verteilung von internationalen Hilfsgütern zu gewährleisten, b) Herstellen der Sicherheit für internationale Organisationen, insbesondere jene mit humanitären Aufträgen. Die Entwaffnung der albanischen Bevölkerung ist nicht vorgesehen.

Es ist richtig, daß einer der Schwerpunkte des internationalen Engagements in Albanien die Stärkung bzw. Reorganisierung der albanischen Polizeikräfte ist. Dies macht aber den Einsatz der Multinationalen Schutztruppe angesichts der in Albanien herrschenden unsicheren Verhältnisse keineswegs überflüssig.

Vielmehr ist die Anwesenheit der Truppe zur Herstellung minimaler staatlicher Strukturen, die wiederum ihrerseits die Grundlage für die Wirksamkeit politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Maßnahmen sind, unerlässlich. Es geht also nicht darum, sich entweder nur an der Multinationalen Schutztruppe zu beteiligen oder nur politisch-diplomatische, wirtschaftliche etc. Maßnahmen zu ergreifen; zielführend kann im Falle Albaniens nur beides zusammen sein.

ad 5) Österreich unterstützt die Vermittlertätigkeit von Altbundeskanzler Vranitzky voll und wird sich an der von der OSZE organisierten Wahlbeobachtung mit voraussichtlich 2-3 Langzeitbeobachtern und 20 Kurzzeitbeobachtern beteiligen.

ad 6) Die Kommentierung von Zeitungsartikeln ist kein Gegenstand der Vollziehung des Bundes, weshalb ich um Verständnis bitte, wenn ich auf diese Frage nicht weiter eingehe.

ad 7) Die Kosten für einen dreimonatigen Einsatz des österreichischen Kontingents in Albanien sind mit 20 Millionen Schilling veranschlagt. Da der Einsatz kurzfristig beschlossen wurde, war er im Budget des Bundesministeriums für Landesverteidigung nicht vorgesehen. Alle militärischen Auslandseinsätze des Bundesheeres werden ausschließlich vom Bundesministerium für Landesverteidigung getragen, das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten verfügt über keinen derartigen Budgetansatz.